

Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand,
SPD-Bundestagsfraktion

Freihandelsabkommen stoppen!

Wir verfolgen die Verhandlungen zu den geplanten Handelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada, sowie die Verhandlungen um TiSA (Trade in Services Agreement), welches den Handel mit Dienstleistungen zum Gegenstand hat, sehr kritisch und fordern diese zu beenden.

Bei der Verhandlung so folgenschwerer Abkommen halten wir folgende Grundvoraussetzungen für essentiell:

- Alle Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlament und der Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach Abschluss der Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung der Abkommen dauerhafter demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
- Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet, Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im öffentlichen Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht werden, die Möglichkeit Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt werden. Auch weitere Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht Bestandteil der Abkommen sein.
- ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
- Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen mindestens gleichrangig neben wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-, Umwelt-, VerbraucherInnen- und Gesundheitsschutz dürfen nicht abgesenkt oder ausgehöhlt werden – im Gegenteil, sie müssen ständig angepasst und verbessert werden.
- Abkommen dürfen keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, insbesondere wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche Regulationsmöglichkeiten berührt werden.
- Das Vorsorge- und Verursacherprinzip bei der Zulassung von Gütern und Produkten behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
- Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen Standard hinaus verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und entsprechende Zertifizierung müssen begrenzt werden und sich im Zweifel am Unternehmensumsatz orientieren.
- Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet bzw. von diesen eingeschränkt werden.
- Es dürfen keine neoliberalen Grundsätze in der sogenannten Negativliste festgeschrieben werden. Wenn Ausnahmen von den TTIP-Grundsätzen so erfasst würden, könnte kein Parlament in der EU mehr abweichende Entscheidungen treffen, um z.B. auf neue Erkenntnisse im Umwelt- oder Gesundheitsschutz zu reagieren.
- Die sozialen und Umweltkosten sind zu ermitteln und zu berücksichtigen. Die Auswirkungen auf Schwellenländer und Länder der Dritten Welt müssen beachtet werden. Des Weiteren sind Wege für einen gerechten Welthandel zu entwickeln.

- 1 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den
2 laufenden Verhandlungen berücksichtigt werden, lehnen wir ohne Wenn und Aber das
3 geplante Handels- und Investitionsabkommen ab und fordern unsere
4 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür
5 einzusetzen, die Verhandlungen zu beenden. Nach Vorlage der endgültigen
6 Verhandlungsdokumente ist vor einer abschließenden Positionierung der SPD und der
7 Bundestagsfraktion zu den Abkommen den Gliederungen ausreichend Zeit für
8 Meinungsbildung zu geben.
9
- 10 Viel wichtiger wäre ein Klimaschutzabkommen entsprechend den Empfehlungen des
11 Weltklimarates zu anzustreben.
12
- 13 X Angenommen